Luzern, 18. Mai 2020

Maisession des Kantonsrates:
Regierungserklärung zur Coronakrise

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Am 28. Februar hat der Bundesrat die Versammlungsfreiheit eingeschränkt, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. Heute wissen wir: das war erst der Anfang. Gestützt auf das Epidemiengesetz, hat der Bund am 13. März und erst recht am 16. März auch die Wirtschaftsfreiheit und weitere Grundrechte beschnitten. Wir haben Massnahmen und Eingriffe *einfach gemacht*!, die eigentlich in unserem Land *undenkbar* sind, – als Individuum, als Gesellschaft, als Staat.

Es ist wichtig, dass Ihr Rat und unser Rat diese ausserordentliche Erfahrung diskutiert und einordnet. Ich gebe darum im Namen des Regierungsrates eine kurze Erklärung zur Corona-Pandemie ab, eine provisorische Bilanz in drei Punkten:

1. Ziele der Behörden
2. Kantonale Massnahmen
3. Erste Erkenntnisse

1 Zu den Zielen der Behörden

Das oberste Ziel der Behörden von Bund und Kantonen war es, die Bevölkerung vor der Ansteckung mit Covid-19 zu schützen, das Risiko von schweren Erkrankungen bei verletzlichen Personen zu minimieren und den Zusammenbruch der medizinischen Versorgung und damit den Kollaps des gesamten Gesundheitssystems zu verhindern. Oder, kürzer: Das oberste Ziel war es, eine humanitäre Notlage zu verhindern.

Ich stelle fest: Wir haben das Ziel in der Schweiz und im Kanton Luzern erreicht! Wir haben die Kurve schnell abgeflacht. Wir haben alle Patientinnen und Patienten bestmöglich behandelt. Wir haben die medizinischen Reservekapazitäten nicht gebraucht. Das war eine gewaltige solidarische Leistung der Bevölkerung, der Wirtschaft, des Gesundheitswesens und aller übrigen beteiligten Organisationen.

2 Zu den kantonalen Massnahmen

Hier muss man kurz zurückblicken: Wir hatten Anfang März teils hohe Infektionsraten. Heute wissen wir, dass uns die erste Welle nicht mit voller Wucht getroffen hat. Nicht so wie das Elsass oder Bergamo, Madrid oder New York, wo sich die Infektionskurven, Krankheitsfälle und Todesraten ganz anders entwickelt haben.

Wie haben wir das geschafft? Ich zähle die wesentlichen Etappen und Massnahmen auf.

1. Der Kanton Luzern hat über die gesamte Pandemiedauer die Politik des Bundesrates konsequent durchgesetzt. Vor allem in der akuten Phase hiess das: Versammlungen verbieten oder verhindern und auflösen, Betriebsschliessungen überwachen, Abstandsregeln durchsetzen, Unterstützungsansprüche abklären, Zahlungen leisten usw… der operative Aufwand an der Front war und ist hoch. Er hat sich gelohnt.

2. Wir haben zwischen Ende Februar und Anfang März, also noch in der normalen Lage, in wenigen Tagen eine Notfall-Organisation installiert: Wir haben eine Task Force einberufen, die Hotline für die Veranstaltungsbewilligung scharf geschaltet, eine

Rechercheeinheit für das Kontakt-Tracing eingesetzt und die Vorbereitungen für die Kurzarbeitsentschädigung getroffen. Parallel dazu haben die Spitäler angefangen, sich für die Pandemie vorzubereiten. Das alles im Rahmen des Pandemiekonzepts.

3. In der zweiten Märzwoche haben wir die ausserordentliche Lage ausgerufen und den Kantonalen Führungsstab KFS eingesetzt. Das war nötig, weil die folgenden Einheiten und Organisationen in die Krisenbewältigung involviert sind: Militär, Polizei und Zivilschutz – Spitäler, Heime und Spitex-Organisationen – Gemeinden und Volksschulen – Sozialdienste und Sozialwerke – Regierungsrat und Gesundheitsbehörden – plus situativ weitere Partner. Das ist eine lange *Aufzählung*, aber es ist vor allem eine gewaltige *Koordinationsaufgabe*.

4. Der KFS hat Home-Testings organisiert, ein Drive-in-Testzentrum eingerichtet und die Spitalkapazitäten für eine potenzielle Spitzenlast von über 1000 Patienten vorbereitet. Das alles unter dem Eindruck der Entwicklungen in Norditalien und im Tessin. Der Dank für diese gewaltige Leistung geht vor allem an das Gesundheitspersonal. Pflegende, Mediziner, Spitalstäbe und auch die Spitex-Organisationen haben unter Zeitdruck sozusagen aus dem Nichts eine komplette Corona-Versorgungslandschaft aufgebaut.

5. Der Aufbau und Betrieb vieler Strukturen wäre nicht möglich gewesen ohne den Einsatz des Zivilschutzes und der Armee. Am deutlichsten wird das beim Medical Center in Nottwil. Das Spital hätten wir als Überlaufspital bei hohen Fallzahlen gebraucht. Ohne Zivilschutz und Militär hätte es nicht realisiert werden können. Dasselbe gilt für die Hotlines, über die ein grosser Teil des direkten Kontakts mit der Bevölkerung und den Anspruchsgruppen abgewickelt wurde. Der Betrieb der Corona-Hotlines konnte dank Unterstützung des Zivilschutzes die ganze Zeit über aufrechterhalten werden.

6. Wir haben uns früh um die Begrenzung der Begleitschäden gekümmert. Wir haben für die Unterstützung der Luzerner Wirtschaft eine Vier-Punkte-Strategie erstellt und umgesetzt.
   1. Bundesmassnahmen vollziehen und in ihrer Wirkung beurteilen.
   2. Ergänzenden Handlungsbedarf auf Stufe Kanton analysieren.
   3. Im Austausch mit der Luzerner Wirtschaft die nötigen Schritte auslösen.
   4. Vorbereitungen für die Lockerung der Massnahmen treffen.

7. Wir haben dafür geschaut, dass die Luzerner Betriebe mit Liquidität versorgt wurden. Der Kanton hat für rund 104’000 Erwerbstätige Kurzarbeitsentschädigung zugesichert. Er hat Millionen von Franken an Bankkrediten vermittelt. Er hat Kitas, Startup-Unternehmen und den Tourismus mit Fördermitteln unterstützt. Und er hat die Wirtschaft mit Anpassungen bei Forderungen, Fristen und Zinsen entlastet.

8. Die Leistungen, die ich jetzt erwähnt habe, haben wir mit einer Verwaltung erbracht, die nur zum Teil physisch anwesend war. Die Kernverwaltung wickelt sozusagen drei Viertel der öffentlichen Leistungen über Web, Mail und Telefon ab. Dabei bewährt sich, dass der Kanton seine IT-Mittel in den letzten Jahren gezielt eingesetzt hat. Wir haben bei den mobilen Arbeitsgeräten, digitalen Infrastrukturen und papierlosen Arbeitsprozessen einen Vorsprung auf andere Kantone. Sonst wären das verwaltungsweite Home Office und der flächendeckende Fernunterricht so nicht möglich gewesen.

9. Ausdrücklich würdigen will der Regierungsrat die Leistung des Bildungswesens. Quasi übers Wochenende wurden auf allen Schulstufen Konzepte für den Fernunterricht entwickelt und innerhalb von wenigen Tagen umgesetzt. Das öffentliche Leben war lahmgelegt – aber die Schulbildung funktionierte. Dafür brauchte es die Selbstinitiative und den Einsatz von jeder einzelnen Lehrperson, aber auch von Schulleitungen und Gemeindebehörden.

10. Wenig spektakulär, aber sehr wichtig ist der Aufwand, um alle relevanten Informationen aufzubereiten und zugänglich zu machen. Über Formulare, Factsheets, Hotlines und Communiqués. Der Kanton betreibt und koordiniert seit zwei Monaten eine aufwändige Kommunikation, einerseits operativ direkt aus dem KFS, andererseits politisch, im Austausch mit der Öffentlichkeit und auch mit den Gremien Ihres Rates.

Meine Damen und Herren, das ist eine stark geraffte Darstellung der kantonalen Corona-Politik in zehn Punkten. Ich halte fest: Unser Kanton ist in der Krise handlungsfähig. Wir können unter Druck schnell, angemessen und wirksam reagieren. Vor allem aber stelle ich fest: Die Bevölkerung – jede und jeder Einzelne in diesem Kanton – und die Unternehmen haben in dieser ganzen Zeit die einschneidenden Einschränkungen mitgetragen und verantwortungsvoll gehandelt. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft sind in der Krise solidarisch. Sonst stünden wir heute an einem anderen Ort: mehr Infektionen, mehr Kranke, mehr schwere Krankheitsverläufe.

3 Zu den ersten Erkenntnissen aus der Krise

Erste Erkenntnis:
Wir haben **taugliche Krisenkonzepte**. Der KFS ist in der Lage, nahtlos eine Fachorganisation wie die Task Force Corona zu integrieren, Notspitäler aus dem Boden zu stampfen und dabei mit der politischen Führung zu kooperieren. Sogar eine hoch komplexe Krisenorganisation ist auf diese Art und Weise steuerbar und sie funktioniert effizient und wirksam. Das ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis.

Zweite Erkenntnis:
Wir haben eine **hohe Durchhaltefähigkeit**. Die Hauptlast der Krisenarbeit liegt seit zwei Monaten auf relativ wenigen Schultern. Das liegt auch daran, dass die Stäbe in der Verwaltung personell eher schmal bestückt sind. Wir haben zahlreiche Personen, die am Limit arbeiten. Aber wir haben bisher keine Ausfälle.

Dritte Erkenntnis:
Die besondere Lage bringt besondere Anforderungen an Exekutive UND Legislative mit sich. Der Regierungsrat war gezwungen, einige Entscheide in eigener Kompetenz zu fällen. Das **Parlament** ist bereit, seine **politische Verantwortung** auch unter erschwerten Bedingungen wahrzunehmen. Das ist aus politischen und rechtlichen Gründen zu begrüssen.

Vierte Erkenntnis:
Wir haben eine **unglaubliche Solidarität** im Kanton Luzern. Alle Massnahmen und Einschränkungen – *die «seuchenpolizeilichen» zur Eindämmung der Pandemie, und auch die wirtschaftspolitischen Massnahmen zur Eindämmung der Kollateralschäden –,* alle Massnahmen sind mitgetragen worden: von der Bevölkerung, von der Wirtschaft, von jenen, die jetzt doppelt belastet sind, und von jenen, die jetzt nicht arbeiten dürfen. Auch Ihr Rat hat die Umsetzung der Massnahmen in der akuten Krisenphase unterstützt. Dieses Vertrauen ist nicht selbstverständlich. Wir danken Ihnen dafür!

Fünfte Erkenntnis:
Wir haben mit dem **Föderalismus ein krisentaugliches und handlungsfähiges System**. Es ist fähig, von der Spitze nach unten, schwerwiegende Eingriffe vorzunehmen. Das hat der Bund bewiesen. Es ist zudem fähig, von unten nach oben, die nötigen Support- und Vollzugsleistungen zu erbringen. Das haben die Kantone bewiesen. Sie werden in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Sicherheit auch die immensen Folgekosten der Coronapolitik des Bundesrates schultern müssen.

Ich komme damit zum Ausblick:

Wir merken, dass es relativ einfach ist, auf einen Schlag das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben auf ein Minimum herunterzufahren, und dass es nicht so einfach ist, Schritt für Schritt und geordnet in den Normalzustand zurückzukehren. Die Kantone

haben unterschiedliche Vorstellungen, wie und wie schnell es jetzt weitergehen soll. Das macht die Rücknahme von Krisenmassnahmen kompliziert und konfliktträchtig. Vielleicht braucht es jetzt einfach Nerven, um zu ertragen, dass die Kantone ihren föderalen Spielraum unterschiedlich nutzen. Auch das gehört zum Föderalismus, und es ist nicht immer nur ein Nachteil.

Ein zweiter Punkt.
Ich habe dargelegt, dass sich die Anstrengungen bisher gelohnt haben. Ich sage ausdrücklich: bisher! Das Virus wird uns weiter begleiten, die Hygiene- und Abstandsmassnahmen sind weiter nötig, es braucht weiter Vorsicht und Rücksicht. Vor uns liegt ein Distanzmarsch. Oder vielleicht müsste man besser sagen: ein Balanceakt. Auf der einen Seite ist die Gesundheit, auf der anderen Seite ist die Wirtschaft. Es wird auf Wochen und Monate hinaus Kompromisse auf beiden Seiten brauchen! Und die Disziplin der Bevölkerung – also von Ihnen, und von uns, und von allen! Damit die Kurve nicht plötzlich wieder aufwärtsgeht. Dann wären nämlich die Anstrengungen und Kosten der letzten Wochen umsonst gewesen.

Ein dritter Punkt.
Als Folge der Coronakrise werden auch beim Kanton die Erträge einbrechen. Firmen und Privatpersonen werden weniger Steuern zahlen. Gleichzeitig werden die Aufwände steigen. Wir kennen die Schlussrechnung für alle Corona-Massnahmen noch nicht. Was wir aber heute schon wissen, ist: alleine im Luzerner Gesundheitswesen kostet die Krise Dutzende von Millionen Franken. Dazu kommen millionenschwere Mehraufwände für Soziales und Sicherheit. Diese Rechnungen muss der Kanton zahlen – also wir alle. Gleichzeitig wird er die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen in seinen übrigen Aufgabengebieten weiterhin erbringen und finanzieren müssen.

Ich sage es deutlich: Es ist darum heute schlicht nicht der Moment, den kantonalen Haushalt mit zusätzlichen Wünschen und Ausgaben zu belasten.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auf intensive Finanzdiskussionen gefasst machen. Ich sage nicht, dass ich mich darauf freue. Die Coronakrise führt aber auf diese Art auch dazu, dass sich der Kanton laufend mit der Frage auseinandersetzt, was die staatlichen Kernaufgaben sind. Und um diese Frage zu klären, hat die Bevölkerung uns gewählt. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine faire, sachliche, konstruktive Debatte heute.